

4227/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.07.2002

Anfrage

**der Abgeordneten Jung
und Kollegen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Bericht der "Presse" vom 5.7.2002**

Die Zeitung "Die Presse" bringt in ihrer Internetausgabe vom 5. Juli 2002 nachstehenden Bericht.

Die von der Regierung geplante Abschaffung des ohnehin umstrittenen Tatbestandes "Neutralitätsgefährdung" Im Strafgesetzbuch stößt auf Widerstand: Rund um Ex-SP-Innenminister Erwin Lanc hat sich eine Gruppe von Juristen formiert, die künftig eigenmächtig "auf die Einhaltung der Neutralität achten" will. Mit der eigenen Neutralität nimmt man es aber nicht so genau: Die Einladung zur Pressekonferenz wird auf offiziellem Briefpapier des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien verbreitet. Aktenvermerk: "Einlaufstelle Wien". [*]

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage

I. Entspricht der Bericht den Tatsachen?

1.1. Wenn ja, erachten Sie das Verhalten des Präsidenten des Oberlandesgerichtes mit den Verpflichtungen seiner Funktion und aus der Dienstpragmatik vereinbar?

1.2. Wenn nein, wurden oder werden Maßnahmen eingeleitet, um den Beamten "zu größerer Zurückhaltung" zu veranlassen?